

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon),
Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen) und
Claudia Frei (GLP, Uster)

betreffend Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Der Kanton Zürich reicht eine Standesinitiative ein, in der der Bund dazu aufgefordert wird, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Begründung:

Im Dezember 2023 verabschiedete der Bundesrat das Verhandlungsmandat, das insbesondere Erasmus+ und Horizon Europe beinhaltet. Die aktuelle Entspannung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union muss nun innenpolitisch unterstützt werden. Die europäische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit mit Erasmus+ darf nicht erneut in den Hintergrund gedrängt werden. Der Kanton Zürich als Standort zahlreicher Hoch- und Fachhochschulen ist besonders betroffen und hat daher ein besonderes Interesse daran, dass die Anbindung an die europäische Bildungs- und Forschungslandschaft wiederhergestellt wird.

Die Welt der Hochschul- und Berufsbildung, aber auch die Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und der Sport leiden seit 2014 stark unter der Nichtassoziiierung von Erasmus+. Anlässlich des denkwürdigen Jahrestags des zehnjährigen Ausschlusses der Schweiz muss ein klares Signal an den Bundesrat gesendet werden, um Verhandlungen zu unterstützen, die endlich zum Erfolg führen. Entscheidend ist, dass der Bundesrat nun möglichst schnell die innenpolitische Weichenstellung mit der Finanzierung auf den Weg bringt. Die Schweiz als starker Bildungs- und Forschungsstandort muss Teil sein dieser Programme, welche die Bildungsqualität und Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Es geht auch darum, der EU unseren Willen zu zeigen, voll und ganz an den europäischen Programmen teilzunehmen und nicht länger der Kritik des "cherry picking" in diesem Bereich zu unterliegen, die dem Image der Schweiz schadet. Ein klares Bekenntnis zur europäischen Bildungs- und Forschungszusammenarbeit stärkt die Glaubwürdigkeit und die Position der Schweiz im Hinblick auf andere Verhandlungsthemen mit Europa.

Bildungspolitik ist laut Bundesverfassung in der Kompetenz der Kantone, gleichzeitig sind diese bei den Verhandlungen zu Erasmus und/oder Horizon kaum eingebunden. Die Standesinitiative fordert daher den Bundesrat auf, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen. Gleichzeitig muss das Parlament den Willen haben, vom Bundesrat mehr Tempo zu fordern. Auch die Zürcher Bildungsdirektorin und Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren vertritt die klare Haltung, dass „eine Vollassoziiierung an Horizon Europe und Erasmus+ [...] unser aller Ziel sein“ muss.

Benjamin Walder
Qëndresa Sadriu-Hoxha
Claudia Frei